



# Kolumbien, ein Land im Ausnahmezustand

## Ein Amnesty Bericht

"Du lebst mit dem Gedanken, daß sie dich jederzeit umbringen können, daß sie dich verhaften können, daß du deine Familie verlieren kannst. Die Menschen fühlen sich nicht sicher. Du kannst nicht aussprechen, was du denkst, oder ohne Angst das

Haus verlassen". (Maria Marin, Schwester des im Oktober 1986 ermordeten Menschenrechtsaktivisten Hebert Marin)

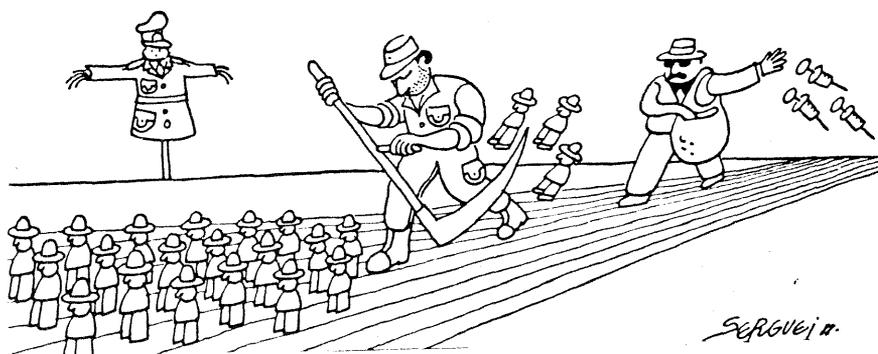
So beginnt der Bericht den Amnesty International

am 20. April 1988 über Kolumbien herausgab und in dem besonders zwei Formen von Menschenrechtsverletzungen behandelt werden: das "Verschwindenlassen" von Personen und die politischen Morde, die von den kolumbianischen Streitkräften oder in deren Auftrag begangen werden. Die im Bericht veröffentlichten Informationen hat die Organisation aus einer Vielzahl von Quellen zusammengetragen: Aussagen von Angehörigen der betroffenen Personen, Gespräche mit Abgeordneten verschiedener Parteien, Journalisten, Vertreter der Kirche, Informationen von kolumbianischen Menschenrechtsorganisationen, Juristenvereinigungen, Gewerkschaftsverbänden, usw.

Vor rund einem Jahr gab es einen Wendepunkt in der Geschichte der politischen Gewalt in Kolumbien. Bis dahin waren den von den Sicherheitskräften und ihren geheimen Todesschwadronen begangenen Morden in erster Linie Menschen zum Opfer gefallen, die man der linksgerichteten Opposition zurechnete. Heute ist das Netz viel weiter ausgeworfen: zum Kreis der Opfer zählen auch Personen, die für ihr gesellschaftliches Engagement oder für ihre Leistungen auf wissenschaftlichem oder kulturellem Gebiet bekannt sind. Die Einstufung als "Subversiven" droht jedem, der Regierung und Armee nicht offen unterstützt. Besonders betroffen ist das Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte. "Ich weiß, weshalb sie uns umbringen wollen," sagte ein Professor der Medizin, der als erster Arzt in Lateinamerika eine Nierentransplantation durchführte. "Sie wollen eine Diktatur errichten und deswegen müssen sie die Intelligenz mundtot machen und die Universitäten ausbluten."

Politische Gewalt in Kolumbien muß im Kontext einer Gesellschaft gesehen werden, in der Gewalt weit verbreitet ist. Die Haupttodesursache bei Männern im Alter zwischen 15 und 44 Jahren ist Mord. Allein 1986 ereigneten sich, Polizeiberichten zufolge, 14 000 Morde (wobei die tatsächliche Zahl allgemein deutlich höher geschätzt wird). Bei einer Bevölkerung von 29 Millionen bedeutet das, daß jeder zweitausendste Kolumbianer einem Mord zum Opfer fällt. Dies ist die weltweit höchste Rate für ein Land, das sich nicht im Kriegszustand befindet. Derart erschreckende Zahlen sind auf eine Reihe von Ursachen zurückzuführen. Die bloße Statistik weist aus, daß die meisten Morde im Zusammenhang mit Überfällen, persönlichen Auseinandersetzungen und Drogenhandel verübt werden.

Le Monde



Der illegale Drogenhandel, insbesondere mit Marihuana und Kokain, soll mittlerweile die traditionellen Exporte des Landes (Kaffee, Baumwolle, Bananen, Zuckerrohr und Blumen) übersteigen. Die Macht der kolumbianischen Drogenbosse ist nahezu unermesslich. Sie pumpen Millionen von Dollars in die Wirtschaft des Landes. Kürzlich boten sie der Regierung an, die Auslandsschulden Kolumbiens zu begleichen, wenn diese ein mit den USA geschlossenes Auslieferungsabkommen rückgängig machte. Sie kontrollieren ein riesiges Netz von organisierten Kriminellen, die immer dann gegen Politiker, Journalisten und Angehörige der Justiz in Aktion treten, wenn diese sich den Machenschaften der Drogenbosse entgegenstellen. "Die Ströme von Blut, die durch Kolumbien fließen, scheinen von kriminellen Gruppen verschuldet zu sein, die über große wirtschaftliche und logistische Kapazitäten verfügen und die Möglichkeit haben zuzuschlagen, wo und wann immer sie wollen" (S.15).

**Der illegale Drogenhandel, insbesondere mit Marihuana und Kokain, soll mittlerweile die traditionellen Exporte des Landes (Kaffee, Baumwolle, Bananen, Zuckerrohr und Blumen) übersteigen.**

Im Mai 1987 hatte Dr. Jaime Pardo Leal, Universitätsdozent und ehemaliger Richter, dem Generalstaatsanwalt Beweismaterial über die Verwicklung von Drogenhändlern und Angehörigen der Streitkräfte in die Ermordung von 25 Aktivisten und Sympathisanten der UP (Union Patriótica, eine linksgerichtete Partei) vorgelegt. Im September gab daraufhin der Stellvertretende Generalstaatsanwalt für die Streitkräfte einen vorläufigen Bericht über 14 Ermittlungsverfahren heraus, die man aufgrund der von Dr. Pardo vorgebrachten Anschuldigungen eingeleitet hatte. In sechs Fällen reichten die Erkenntnisse aus, um Disziplinarverfahren gegen Angehörige der Streitkräfte einzuleiten; in den übrigen Fällen wurden die Untersuchungen fortgeführt (S.17). Im Oktober wurde Dr. Pardo von drei bewaffneten Männern auf der Straße erschossen. Sein Tod war Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens. Es wurde festgestellt, daß der Mord "nicht politisch motiviert" gewesen sei und "zweifelloso mit dem Drogenhandel in Verbindung" stehe (S.18).

Für die Mehrzahl der über 1000 politisch motivierten Morde von 1987 zeichnen sogenannte Todesschwadronen verantwortlich. Viele Fallstudien, die AI in ihrem Bericht aufzählt, beweisen, daß Polizei- und Militärangehörige sowie zivile Hilfsgruppen im Auftrag der Führungsspitze der Armee hinter diesen Todesschwadronen stehen und agieren.

## Die Todesschwadronen

Nach Angaben der Regierung existieren in Kolumbien mittlerweile über 140 Todesschwadronen. Sie operieren landesweit, wie z.B. die berüchtigte MAS (Muerte a Secuestradores = Tod den Entführern). Andere sind nur regional organisiert. Das Vorgehen der Todesschwadronen weist weitgehend übereinstimmende Merkmale auf: Die Opfer werden auf offener Straße von Schützen auf schnellen Motorrädern niedergeschossen, oder die Täter brechen nachts in die Häuser der Opfer ein und erschießen diese in ihren Betten. Diejenigen, die von bewaffneten Männern entführt werden, werden gewöhnlich später am Straßenrand tot aufgefunden. Die Leichen weisen häufig Folterspuren auf.

In der Mehrzahl der Fälle erbringen gerichtliche Ermittlungen keinen Nachweis, von wem die Übergriffe begangen wurden. Die Tatsache, daß die Verantwortlichen dieser Morde nicht zur Rechenschaft gezogen werden, bestätigt die Täter in dem Glauben, straffrei agieren zu können.

## Die Verschwundenen

Die Zunahme politischer Morde geht einher mit dem Anwachsen der Zahl "verschwundener" Personen. Nach Schätzungen kolumbianischer Menschenrechtsgruppen verschwanden allein 1985 etwa 200 Personen, nachdem sie von Sicherheitskräften festgenommen worden waren. Das wahre Ausmaß des Problems läßt sich an keiner Statistik ablesen. Häufig wird das Verschwinden von Personen von den Angehörigen aus Furcht vor Repressalien nicht gemeldet.

Trotz der Bemühungen der Regierung, die Ermittlungsmöglichkeiten der zivilen Justiz in Fällen politisch motivierter Morde oder in Fällen von "Verschwindenlassen" kolumbianischer Bürger zu verbessern, gelingt es Polizeibeamten und Angehörigen der Streitkräfte, die in derartige Straftaten verwickelt sind, sich einer Strafverfolgung zu entziehen. Im allgemeinen haben sie ihre Posten behalten, manche wurden sogar befördert (S. 35-36). Die Zuständigkeit, strafrechtlich gegen diese Leute vorzugehen, liegt nämlich ausschließlich bei Militärgerichten. So ist es sicher auch zu erklären, daß gerade in den Gebieten mit der strengsten Militärbewachung die Todesschwadronen am ungehindertesten agieren. "Wer in Kolumbien nicht mit dem Militär regiert, der wird überhaupt nicht sehr lange regieren", erklärte der ehemalige Präsident Turbay Ayala (1978-1982) (S.47).

## Zivilverteidigungsgruppen

Gruppen bewaffneter Zivilisten, die auf die Billigung und Unterstützung durch die regionale Polizei oder das regionale Militärkommando verweisen und sich als Selbstverteidigungsgruppen verstehen - um ihre Familien und ihr Eigentum gegen die Guerilla-Organisationen zu schützen -

sollen für zahlreiche Übergriffe, unter anderem für Folterungen und Hinrichtungen im Schnellverfahren in ländlichen Gebieten verantwortlich sein.

## Die Guerilla

In den letzten zwanzig Jahren entstanden in Kolumbien sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt verschiedene oppositionelle Bewegungen, die der Guerilla zuzurechnen sind. Wichtigste bewaffnete Oppositionsbewegung war die FARC. Wiederholt hat AI Berichte erhalten über gewalttätige Übergriffe durch verschiedene Guerillagruppen, nicht nur auf Angehörige von Armee und Polizei, sondern u.a. auch auf Personen, die man verdächtig Informanten der Streitkräfte zu sein, Mitglieder rivalisierender Gruppen, Bauernführer und Gemeindevertreter, die sich weigern die Autorität der Guerilla anzuerkennen. Begehen oppositionelle Gruppen Straftaten, so fällt es nach Ansicht von AI in die Zuständigkeit der Regierung, die strafrechtlich Verantwortlichen festzustellen und die Schuldigen vor Gericht zu bringen. Bei der Ausübung ihrer Befugnisse muß eine Regierung in Übereinstimmung mit internationalen Rechtsgrundsätzen handeln (S. 41). Mehrere aufeinanderfolgende Regierungen in Kolumbien haben sich auf die ihnen durch den Ausnahmezustand übertragenen Befugnisse sowie auf eine repressive Gesetzgebung gestützt, um die von der Guerilla verübten Übergriffe zu stoppen, aber auch, um den Protest der Bevölkerung zu unterdrücken (S.42).

Der im Jahre 1982 gewählte Präsident Betancur bemühte sich um eine Beendigung der Guerilla-Aktivitäten, leitete einen "Friedensprozeß" ein und erreichte Waffenstillstandsvereinbarungen. Im Juni 1985 nahmen die Guerillaorganisation M-19 und andere kleine Gruppen den bewaffneten Kampf wieder auf mit der Begründung, die Regierung habe sich nicht an die Bestimmungen gehalten.

Die FARC gründete mit der legalen kommunistischen Partei eine neue politische Partei, die UP. Bei den Präsidentschafts- und Kongreßwahlen von 1986 errang sie 14 Sitze. Der Erfolg der UP bedeutete für ihre Führer, daß sie von nun an ihres Lebens nicht mehr sicher waren, besonders in den Gebieten, wo man mit einem guten Abschneiden der Partei bei den Bürgermeisterwahlen im März 88 rechnen konnte.

Im Oktober 1987 legten die wichtigsten Guerillagruppen gemeinsam der Regierung ein Angebot zur Wiederaufnahme von Gesprächen vor.

## Schlußfolgerung

Opfer der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien sind keineswegs nur linksgerichtete Oppositions- oder Guerillagruppen, sondern auch ebenso gut Gewerkschafter, Rechtsanwälte, Lehrer, wie auch Arbeiter auf Bananenplantagen und Indianer. Sie ereignen sich genauso gut im Zusam-

**Die kolumbianischen Streitkräfte sind zu einer gezielten Politik des Terrors übergegangen**

---

menhang mit Streitigkeiten über Landbesitz als auch im Verlauf von Operationen zur Aufstandsbekämpfung durch Armee und Polizeikräfte. AI, die ihren Bericht mit zahlreichen schrecklichen und grausigen Beispielen (z.B. was die Foltermethoden anbetrifft) untermauert, kommt zum Schluß, daß eindeutige Beweise vorliegen, daß die kolumbianischen Streitkräfte zu einer gezielten Politik des Terrors übergegangen sind, um politische Gegner einzuschüchtern und auszuschalten.

Seit 30 Jahren leben die Kolumbianer fast ununterbrochen im Ausnahmezustand. Und die Situation verschlimmert sich zusehends.

"Tag für Tag erhalte ich eine Liste mit Angaben über Morde, Drohungen, Überfälle und das Verschwinden von Personen ... Ich frage mich: Wo leben wir? Dies ist keine Demokratie, kein Staat.

Hier herrscht das Gesetz des Dschungels." So der kolumbianische Generalstaatsanwalt Carlos Mauro Hoyos Jimenez in einer Presseerklärung vom 25. November 1987. Kaum zwei Monate später wurde auch er entführt und getötet (S.67).

**Der Bericht von Amnesty International vom 20.4.1988 wurde zusammengefaßt von Christ**

---

**AI stellt allen Interessenten eine kommentierte Photoausstellung zum Thema "Menschenrechte in Kolumbien zur Verfügung. Auch ein Video-Film zum gleichen Thema kann dort ausgeliehen werden.**

---